

Jahresbericht 2016

Public Eye

 Erklärung von Bern



Ein aussergewöhnliches Jahr

Dort genau hinzuschauen, wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren – das hat sich Public Eye schon als Erklärung von Bern zur Aufgabe gemacht. Doch einen so unmittelbaren Erfolg wie 2016 konnten wir selten feiern: Keine drei Monate nach Veröffentlichung unseres «Dirty Diesel»-Berichts haben fünf westafrikanische Staaten den erlaubten Schwefel-Grenzwert von Dieselimporten massiv reduziert, was die Atemluft für über 250 Millionen Menschen verbessern wird. Dieser unglaublich rasche Erfolg hat den Rahmen unserer Erwartungen gesprengt. Er beruht auf einer mehrjährigen Recherche, die das schmutzige Geschäftsmodell um Treibstoffimporte in Westafrika aufgezeigt hat – und die zentrale Rolle, die Schweizer Rohstoffhandelsfirmen darin spielen. Und auf einer Kampagne zusammen mit unseren afrikanischen Partnerorganisationen, welche die Resultate in die Welt getragen hat – und gleichzeitig unseren neuen Namen. Eine bessere Lancierung von «Public Eye» hätten wir uns nicht wünschen können.

2016 haben wir den Blick auf weitere illegitime Geschäfte gerichtet und klar gemacht, wo Menschenrechte in Gefahr sind: Etwa durch die Verletzung ethischer Standards bei klinischen Versuchen in Ägypten, die Hungerlöhne in Schuhfabriken Osteuropas oder die Biopiraterie im Fall von Stevia in Paraguay und Brasilien. Und manchmal muss man den üblichen Rahmen seiner Arbeit verlassen, um etwas zu bewegen: Zusammen mit einer NGO-Koalition haben wir über 120 000 Unterschriften gesammelt und die Konzernverantwortungsinitiative eingereicht. Diesen und andere wichtige Kämpfe können wir nur mit Ihrer wertvollen Unterstützung führen! Dafür, dass Sie uns als Mitglied – einst der EvB und nun von Public Eye – unterstützen, möchte ich mich im Namen des ganzen Teams herzlich bedanken.

Pierrette Rohrbach

Zu den Fotos Folgende Mitarbeitenden konnten leider nicht fotografiert werden: Alice Kohli, Barbara Wüthrich, Florian Duss, Floriane Fischer, Marc Guéniat, Laurent Gaberell, Lyssandra Sears, Raphaël de Riedmatten, Urs Rybi.

Inhalt



Pierrette Rohrbach
Präsidentin

- S. 5 **DIRTY DIESEL**
- S. 10 **KONZERNVERANTWORTUNG**
- S. 13 **CLEAN CLOTHES CAMPAIGN**
- S. 16 **KLINISCHE VERSUCHE**
- S. 18 **BIOPIRATERIE**
- S. 20 **AUSBLICK 2017**
- S. 22 **REGIONALGRUPPEN**
- S. 24 **SCHULBESUCHE**
- S. 26 **RECHNUNGSLEGUNG 2016**
- S. 32 **FÜHRUNGSSTRUKTUR
UND -GREMIUM VON PUBLIC EYE**
- S. 35 **ZWECK UND GESCHICHTE
VON PUBLIC EYE**

PUBLIC EYE MAGAZIN

Spezialausgabe
«Jahresbericht 2016»
Nr 4, Februar 2017

PRODUKTIONSLEITUNG
Susanne Rudolf, Timo Kollbrunner

LAYOUT artischock.net

FOTOGRAFIE Lea Reutimann

DRUCK Vogt-Schild Druck AG,
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE 25 000 Ex.

ISSN 2504-1266

Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr.

Mitgliedschaft (inklusive
Magazin-Abonnement)
CHF 60 pro Jahr.

POSTKONTO 80-8885-4

KONTAKT Public Eye
Diererstrasse 12

Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch



Chantal Sierro, Projektfinanzierung und Nachlässe
François Meienberg, Landwirtschaft, Biodiversität, Patente

Afrika will keinen dreckigen Diesel mehr

Unsere Recherche und die Kampagne zu dreckigen Treibstoffen, die Schweizer Handelskonzerne in Afrika verkaufen, hatten ungeahnt rasch Konsequenzen: Fünf westafrikanische Länder haben ihre Standards drastisch verbessert.

MARC GUÉNIAT

Dezember 2013. Drei Monate nach der Lancierung unseres Projekts «Dirty Diesel» befinden wir uns im kenianischen Nairobi, wo das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) seinen Sitz hat. Sie fördert seit 2002 «saubere» Treibstoffe. Nachdem das Programm bleifreies Benzin praktisch zum weltweiten Standard gemacht hat, nimmt es seit einigen Jahren den Schwefel ins Visier. Denn Schwefel stellt ein doppeltes Problem dar: Er verschmutzt die Umwelt und zerstört zudem die Abgaskontrollsysteme moderner Fahrzeuge. In Europa und den USA ist der zulässige Schwefelgehalt deshalb längst auf ein Minimum reduziert worden. Doch in Ent-

wicklungsländern, insbesondere in Afrika, sind viel zu hohe Schwefelgrenzwerte bis heute ein grosses Problem.

Am Anfang ein Verdacht

Wir waren nach Nairobi gereist, um uns näher mit der Mission der UNEP-Mitarbeitenden zu befassen – und diese davon zu überzeugen, sich gemeinsam mit uns die Rolle der Rohstoffhandelsfirmen näher anzuschauen, welche die afrikanischen Märkte mit Treibstoffen versorgen. Denn wir hatten den Verdacht, dass diese Firmen die schwachen Standards ausnutzen, um mit dreckigen Treibstoffen ein Geschäft zu machen. Wir wussten, dass



Nicole Aeberhard, Buchhaltung, Personaladministration
 Maxime Ferréol, Übersetzung und Redaktion

wir uns auf den Schwefelgehalt der Treibstoffe konzentrieren wollten. Und dass wir unseren Fokus auf Westafrika legen würden – weil dort in vielen Ländern die Schwefelstandards besonders schwach sind.

Rasch wurden wir uns auch der Schwierigkeiten bewusst, mit denen das UNO-Programm konfrontiert ist. Es versucht in Afrika, Einigungen zu erzielen mit Staaten, welche befürchten, dass sie bei einer Verschärfung der Standards ihre Raffinerien schliessen müssen, die veraltet sind und in die zu wenig investiert wird. Zudem sind Schwefel im Treibstoff und dessen Auswir-

kungen auf die Gesundheit nicht eine der obersten Prioritäten der afrikanischen Regierungen – obschon die Verschmutzung der Städte genauso rasant zunimmt wie ihre Bevölkerung wächst. Das Thema steht kaum auf der politischen Agenda.

Den Handel im Blick

Doch das hat sich geändert, seit Public Eye im September 2016 den Bericht «Dirty Diesel» veröffentlicht hat – nach dreijähriger Recherche, während der wir in acht Ländern Treibstoffe analysiert, mit unzähligen Insidern gesprochen und dieses undurchsichtige Geschäft immer besser durchschaut hatten. Die Afrika-Verantwortliche des UNEP, Jane Akumu, sagte nach der Durchsicht der Studie: «Ich denke, wir werden einige Veränderungen sehen, gerade in Westafrika, wo eine festgefahrene Situation herrscht». Denn wir konnten aufzeigen, wie insbesondere Schweizer Ölhandelsfirmen wie Vitol oder Trafigura wissentlich gesundheitsschädigende Treibstoffe für Afrika produzieren und diese dort vertreiben. Damit haben wir sofort eine Dynamik in Gang gebracht. Denn bis dahin hatte in den Diskussionen ein zentrales Element gefehlt: woher dieser Treibstoff kommt und wer ihn liefert. Afrika importiert 50 Prozent seiner Treibstoffe, hauptsächlich aus Europa, wo diese niemals verkauft

werden dürften – unter anderem aufgrund des hohen Schwefelgehalts. Es gibt keinen Grund, zu akzeptieren, dass jene Firmen, die für andere Märkte längst «saubere» Treibstoffe herstellen, den afrikanischen Kontinent weiter mit «African Quality», wie sie die schmutzigen Treibstoffe nennen, fluten.

Die Handelsfirmen verteidigten sich mit den Argumenten, ihr Vorgehen sei legal und es liege an den afrikanischen Regierungen, striktere Standards festzusetzen. Obwohl sie sich sozialverantwortliches Handeln auf die Fahnen schreiben, zeigten sich die acht betroffenen Firmen nicht bereit, auch nur ein kleines bisschen von ihrem Geschäftsmodell abzuweichen. Daran änderte auch die riesige Medienresonanz – die Beiträge im Guardian, in Le Monde, auf Al-Jazeera, im Schweizer Fernsehen oder in Dutzenden afrikanischen Medien – nichts. Solange es Handelsfirmen nicht verboten wird, den afrikanischen Markt mit schädlichen Treibstoffen zu beliefern, werden sie es tun.

Fünf Regierungen reagieren

Den Druck auf die afrikanischen Regierungen dagegen erhöhte das weltweite Echo auf unsere Studie stark. Unseren Partnerorganisationen in Mali, Nigeria, Ghana und der Elfenbeinküste gelang es, die komplexe Thematik erfolgreich



Sonia Cirillo, Finanzen und Informatik

Marion Graber, Mitglied der Geschäftsleitung

Andrea Hüsler, Konsum

in den öffentlichen Diskurs ihrer Länder einzubringen. Das Timing war optimal, denn bereits die unlängst veröffentlichten WHO-Studien zur Verschmutzung afrikanischer Megastädte hatten die Alarmglocken läuten lassen. Und so geschah, was Jane Akumu vorausgesagt hatte: Mehrere westafrikanische Staaten reagierten unverzüglich.

Wenige Wochen nach Lancierung der «Dirty Diesel»-Kampagne kündigte Ghana an, den zulässigen Schwefelgehalt für Diesel-Importe ab Frühling 2017 um das 60-fache zu reduzieren und der nationalen Raffinerie eine

Frist bis 2020 zu gewähren, um sich an die neue Norm anzupassen. Die National Petroleum Authority Ghanas bezeichnete den Bericht von Public Eye als Auslöser für diese Verschärfung. Kurz darauf, am 1. Dezember 2016, verpflichteten sich Benin, die Elfenbeinküste, Nigeria und Togo bei einem vom UNEP organisierten Symposium dazu, per Juli 2017 dem Beispiel Ghanas zu folgen. Vier Tage später wurde Public Eye an eine Konferenz in den Niederlanden eingeladen, welche die holländische Ministerin für internationalen Handel gemeinsam mit der nigerianischen Umweltministerin organisiert hatte. Bei den Diskussionen wurde das Problem der Ausfuhr von in der EU unzulässigen Treibstoffen aus der ARA-Zone (den Häfen von Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen) nach Afrika eindeutig erkannt. Zudem nahm das Stadtparlament Amsterdams einen Vorstoss an, der die Stadtregierung verpflichtet, ein Verbot der Produktion und des Exports von dreckigen Treibstoffen auszuhandeln.

Mit solch raschen und weitreichenden Erfolgen hatten wir wahrlich nicht gerechnet. Denn als wir das Projekt «Dirty Diesel» im September 2013 lancierten, begannen wir praktisch bei null. ■



Pascale Zellweger, Koordination Schulbesuche
 Thomas Braunschweig, Handelspolitik
 Ursula Haller, Administration Freiwillige

«Return to Sender»-Kampagne

Wir schicken die dreckige Luft zurück in die Schweiz

Wie kann man der Öffentlichkeit hierzulande ein so komplexes Thema wie «Dirty Diesel» näherbringen? Die Problematik der verkehrsbedingten Luftverschmutzung, welche weit weg von der Schweiz, in Afrika, zu unsichtbaren Gesundheitsproblemen führt? Die zentrale Rolle von Schweizer Rohstoffhandelsfirmen, die kaum jemand kennt?

Indem wir die dreckige afrikanische Luft stellvertretend an die Firma Trafigura in Genf zurückschickten, ist uns das gelungen. Die Reise des «Return to Sender»-Containers, welchen unsere Partnerinnen und Partner in Accra mit Kanistern voller dreckiger Luft gefüllt und verschifft hatten, machte das Problem während Wochen konkret, sichtbar und relevant. Die Kampagne gab den von «Dirty Diesel» Betroffenen eine Stimme und verband deren Anliegen mit unseren Forderungen an Trafigura und Co. Und sie ermöglichte es uns, immer mehr Menschen zu mobilisieren und diese stets mit den neusten Entwicklungen zu versorgen. Knapp 20 000 Personen haben schliesslich die Petition an Trafigura unterschrieben, darunter auch sehr viele, welche Public Eye (bzw. die Erklärung von Bern) davor nicht gekannt hatten.



Géraldine Viret, Mitglied der Geschäftsleitung
 Olivier Longchamp, Steuern und internationale Finanzbeziehungen
 Patrick Durisch, Gesundheit

Stimmende können Unternehmen in die Pflicht nehmen

Der Bundesrat zaudert beim Thema Wirtschaft und Menschenrechte. Mit der Konzernverantwortungsinitiative hat es nun das Volk in der Hand, dafür zu sorgen, dass Schweizer Unternehmen die Verantwortung für ihre globalen Geschäfte übernehmen.

TIMO KOLLBRUNNER

Das Verdikt der rund 1000 Personen, die im Sommer 2016 im Rahmen einer repräsentativen Umfrage Auskunft gaben, war eindeutig: 89 Prozent von ihnen befürworteten, dass «Schweizer Konzerne verpflichtet werden, die Menschenrechte und die Umwelt auch im Ausland zu respektieren». Gar 92 Prozent wollen, dass Schweizer Firmen überprüfen müssen, «ob ihre Tochterfirmen und ihre Zulieferer die Menschenrechte einhalten und Sorge zur Umwelt tragen». Dementsprechend gross ist die Unterstützung für die von einer Koalition aus achtzig zivilgesellschaftlichen Organisationen – unter ihnen Public Eye – getragene Konzernverantwortungsinitiative. Diese verlangt, dass Firmen den Schutz von Menschen-

rechten und der Umwelt verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe einbauen. Letzten Oktober haben wir der Bundeskanzlei 120 418 gültige Unterschriften übergeben. Über ein Viertel davon hatten allein die Mitglieder und Regionalgruppen von Public Eye gesammelt. Eine fantastische Leistung!

Schweiz hinkt hinterher

Die Initiative liegt im internationalen Trend. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD stellte kürzlich fest, dass «Erwartungen bezüglich Sorgfaltsprüfungen von menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen zunehmend in nationale

Gesetzgebungen integriert werden». Am Wirtschafts- und Menschenrechtsforum in Genf betonte John Ruggie, der als ehemaliger UNO-Sonderbeauftragter verantwortlich war für die Ausarbeitung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, dass Konzerne mehr denn je die Respektierung der Menschenrechte ins Zentrum stellen müssten. Die Unternehmen lösten ihre Versprechen, sich an ethische Prinzipien zu halten, zu oft nicht ein. Beim Bundesrat scheint der internationale Trend hin zu mehr verbindlicher Unternehmensverantwortung dagegen noch nicht angekommen zu sein. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, der in Genf ebenfalls eine Rede hielt, sang zur Verwunderung vieler ein Loblied auf den Freihandel und bezeichnete den Handel als Voraussetzung für die Respektierung der Menschenrechte. Und gegenüber dem Westschweizer Radio stellte er sich ganz klar gegen verbindliche Regeln: Je höher die staatlichen Anforderungen an Unternehmen, sagte Schneider-Ammann, desto grösser sei das Risiko, dass sich diese auf den internationalen Märkten nicht mehr behaupten könnten.

Zahmer Nationaler Aktionsplan

Entsprechend zahm fiel denn auch der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien aus,



Sasha Roderer, Administration
 Andreas Missbach, Mitglied der Geschäftsleitung
 Oliver Classen, Medien

den der Bundesrat im Dezember endlich verabschiedet hat. Die Regierung anerkennt darin zwar die Bedeutung der UNO-Leitprinzipien und hält fest: «In der Schweiz ansässige und/oder tätige Unternehmen sollen ihre menschenrechtliche Verantwortung gebührend wahrnehmen». Doch der Nationale Aktionsplan schafft nicht eine einzige neue verbindliche Massnahme, und von den wichtigsten Vorschlägen der konsultierten NGOs fand keiner den Weg ins Papier.

Somit werden es in zwei bis drei Jahren die Abstimmenden in der Hand haben, die Konzerne zu einer menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung zu verpflichten. Bereits haben sich die Wirtschaftslobbys gegen die Initiative in Stellung gebracht. Sie sind sich offensichtlich bewusst, dass ein grosser Teil der Bevölkerung der Meinung ist, es sei an der Zeit, dass Schweizer Unternehmen die Verantwortung für ihre globalen Geschäfte übernehmen müssen. ■



Domenico Pirraglia, Administration und Informatik
Sibylle Müller, Administration und Mitgliederservice
Susanne Rudolf, Marketing und Fundraising

Lobbyieren an harten Fronten

Als Teil der internationalen CCC-Koalition hat Public Eye die Bedingungen in der globalen Schuhindustrie ans Licht gebracht. Daneben stand das Lobbying für menschenwürdige Arbeitsbedingungen im Zentrum.

DANIELA KISTLER

Im Juni beleuchtete die CCC mit der Veröffentlichung mehrerer Berichte zum ersten Mal den Schuhsektor. Im Gegensatz zur Bekleidungsindustrie war die Schuhbranche bis dahin grösstenteils unter dem Radar der Öffentlichkeit geflogen. Unsere Berichte zeigten, dass «italienische Schuhe» in Wirklichkeit oftmals Schuhe «Made in Albania» sind. Und dort sind die Löhne sehr tief – noch tiefer als in manchen asiatischen Produktionsstätten. In ganz Osteuropa decken die Löhne im Schuhsektor meist nur einen Bruchteil dessen ab, was Arbeiterinnen und ihre Familien zum Leben bräuchten.

Doch dazu befragt, welche Schritte Schuhfirmen ergreifen, um ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen, herrschte vor allem grosses Schweigen: Wenige Marken reagierten auf unsere Fragen, und keine konnte ausreichende Massnahmen vorweisen, um die Menschenrechte entlang ihrer Lieferkette zu garantieren.

Von den acht befragten Schweizer Firmen nahmen nur drei an unserer Umfrage teil. Und auch von diesen stellt beispielsweise keine sicher, dass alle Arbeitenden einen Existenzlohn erhalten. Auf dem Weg hin zu Transparenz und fairen Arbeitsbedingungen in der Schuhproduktion stehen wir also noch ziemlich am Anfang.

Verbindliche Regeln nötig

Lobbyiert wurde dieses Jahr auch an der internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) behandelte an ihrer Generalversammlung im Juni zum ersten Mal die Frage menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten. Die CCC teilte vor Ort etwa ihre Erfahrungen mit dem Gebäudesicherheitsabkommen für Bangladesch und pochte auf die Notwendigkeit verbindlicher Regelwerke für die Opfer von Industrie-Unglücken in globalen Lieferketten. Das Resultat

der Konferenz war allerdings enttäuschend: Bemühungen für ein bindendes Abkommen zu menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten wurden bereits im Keim erstickt. Dabei stach die Schweiz negativ als eines der Länder hervor, die sich explizit für Freiwilligkeit und gegen verbindliche Regeln aussprachen.

Umfassende Sorgfaltsprüfung

Früchte getragen hat hingegen die Lobbyarbeit rund um die OECD. Public Eye hat zusammen mit der CCC aktiv an der Vernehmlassung für die Richtlinien über die menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung in der Bekleidungs- und Schuhindustrie teilgenommen. Dabei sind einige unserer zentralen Vorschläge in das Schlussdokument eingeflossen. Die CCC legte in der Diskussion um unternehmerische Sorgfaltsprüfung ihre Auffassung einer umfassenden menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung in der Textilindustrie dar, machte aber auch deutlich, dass es neben freiwilligen Massnahmen unbedingt verbindlichere Regeln braucht.

Public Eye im Museum

Auf nationaler Ebene sind wir seit letztem Jahr in einer neuen Allianz unterwegs: Public Eye ist Kooperationspartner der Ausstellung «Fast Fashion – Die Schatten-

seiten der Mode» im Textilmuseum St. Gallen, welche die Hintergründe der globalisierten Textilwirtschaft beleuchtet und sich mit den Produktionsmechanismen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten sowie mit Umweltfragen rund um die Industrie befasst. Einblick in die globalen Verflechtungen und problematischen Arbeitsbedingungen der Schuhindustrie gaben wir auch als Teil der Ausstellung «Von alten Schuhen leben» im Völkerkundemuseum der Universität Zürich. Diese zeigte das Leben und die Arbeit einer Gruppe von Strassenhändlern in Tansania, die mit dem Weiterverkauf unserer abgetragenen Kleider und Schuhe ihren Lebensunterhalt verdienen. Wie gewohnt haben wir auch 2016 mit Auftritten an Podien, Vorträgen und aktualisierten Unterrichtsmaterialien über die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie informiert und Konsumierende sensibilisiert. ■



Rebekka Köppel, Online-Kommunikation

Daniela Kistler, Fachmitarbeiterin Clean Clothes Campaign

Profit vor Ethik

Pharmafirmen wie Roche und Novartis testen neue Medikamente aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen zunehmend an Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Diese «Globalisierung» klinischer Versuche ist ethisch problematisch, und die breite Bevölkerung in den Testländern profitiert kaum, wie unsere Recherche zu Ägypten einmal mehr zeigt.

PATRICK DURISCH

Nach Recherchen zu Russland, der Ukraine, Indien und Argentinien hat Public Eye 2016 Medikamententests in Ägypten unter die Lupe genommen. Die Resultate sind eindeutig: Die Pharmaindustrie nutzt Mängel im Gesundheitssystem aus, um an verletzlichen Bevölkerungsgruppen Medikamententests zu tiefen Kosten durchzuführen. In Ägypten sind die Basler Riesen Novartis und Roche für die Hälfte aller internationalen klinischen Versuche verantwortlich. Die meisten betreffen Tests von Krebsmitteln. Diese Medikamente kosten bis zu zwanzig Mal den offiziellen ägyptischen Mindestlohn. Die Hälfte der Ägypterinnen und Ägypter ist nicht krankenversichert. Das heisst: Eine Teilnahme an einem klinischen Versuch ist für viele die einzige Möglichkeit, um an die teure Behandlung zu kommen. Es ist also fraglich, wie

«freiwillig» die Teilnahme geschieht. Und: Werden die Medikamente in Ägypten überhaupt zugelassen – was längst nicht immer der Fall ist – kann sie sich der grösste Teil der Bevölkerung nicht leisten. Unter diesen Bedingungen Medikamententests durchzuführen, stellt einen Verstoss gegen internationale Ethikregeln dar.

Kooperation und Konfrontation

Auf die Publikation unseres Berichts haben die beiden Basler Unternehmen unterschiedlich reagiert. Novartis hat den Dialog mit uns gesucht und Mitglieder der Geschäftsleitung haben sich in unseren Büros eingefunden, um unsere Kritikpunkte zu besprechen. In einem konstruktiven Gespräch hat Novartis versprochen, sich der Frage anzunehmen, welche Massnahmen nötig sind,

damit sichergestellt werden kann, dass die Einwilligung von vulnerablen Personen zu einem klinischen Versuch stets freiwillig und unter Kenntnis der Bedingungen und Risiken erfolgt. Roche dagegen hat versucht, unseren Bericht zu verunglimpfen – obwohl der Firma die Möglichkeit eingeräumt wurde, die sie betreffenden Aspekte vor der Veröffentlichung zu kommentieren und ihre Anmerkungen in den Bericht integriert wurden.

Mehr Kontrolle nötig

Arzneimittelbehörden wie Swissmedic spielen bei der Marktzulassung von Medikamenten eine entscheidende Rolle. Indem sie ihre Kontrollen stärken und sicherstellen, dass bei Medikamententests keine ethischen Grundsätze verletzt werden, können sie die Pharmafirmen dazu bringen, bei klinischen Tests vulnerable Bevölkerungsgruppen besser zu schützen. Bei mehreren Treffen mit Public Eye zeigte sich Swissmedic der Problematik bewusst und signalisierte Bereitschaft, zu handeln. Ein neuer Artikel im revidierten Heilmittelgesetz wird der Behörde künftig die Möglichkeit geben, auch im Ausland Inspektionen von klinischen Versuchen vorzunehmen. 2017 werden

die Konsultationen zu den Anwendungsbestimmungen des Artikels durchgeführt, bei denen sich Public Eye einbringen wird.

Handlungsbedarf erkannt

Ein Highlight im Jahr 2016 war die Konferenz zu klinischen Versuchen, die Public Eye im September zusammen mit Health Action International (HAI) in Genf durchführte: Fast hundert Expertinnen und Experten von NGOs, Behörden, aus der Wissenschaft, der Medizin oder der Pharmabranche tauschten sich zu Fragen der Ethik und der Transparenz bei klinischen Versuchen aus – ein Thema, das noch zu selten öffentlich debattiert wird. Die Quintessenz war klar: Klinische Versuche müssen strikter reguliert werden, und für reiche wie für ärmere Länder müssen dieselben Regeln gelten. •

Mit den Guarani für einen fairen Deal

Public Eye unterstützte die Guarani darin, am Stevia-Boom beteiligt zu werden – und setzte sich gegen Biopiraterie sowie gegen Patente auf Leben ein.

LAURENT GABERELL

Ende 2015 hat Public Eye zusammen mit Partnerorganisationen aufgezeigt, dass es sich beim Geschäft mit Süsstoffen auf der Basis der Pflanze Stevia um einen klassischen Fall von Biopiraterie handelt. Die im Grenzgebiet Brasiliens und Paraguays lebenden Guarani, welche die Pflanze vor Jahrhunderten als Süsstmittel entdeckten, müssten an den Vorteilen, die sich aus der kommerziellen Nutzung ihres traditionellen Wissens ergeben, gerecht beteiligt werden. So steht es in der Biodiversitätskonvention der UNO und dem Abkommen zu deren Umsetzung, dem Nagoya-Protokoll. Bisher aber gehen die Guarani beim Stevia-Boom leer aus.



Anfang Mai haben wir uns in Paraguay mit Repräsentantinnen und Repräsentanten verschiedener Guaraní-Stämme getroffen. Sie zeigten sich entschlossen, ihre Rechte gegenüber den multinationalen Firmen geltend zu machen. Im August dann versammelten sich an einer heiligen Stätte in Paraguay über hundert Anführerinnen und Anführer und verfassten eine Erklärung, in der sie ihren Anspruch auf eine faire und ausgewogene Beteiligung festhalten. Public Eye steht den Guarani unterstützend zur Seite, damit sie für die hoffentlich baldigen Verhandlungen mit Unternehmen gerüstet sind.

Dialog mit Unternehmen

Auch mit den wichtigsten Firmen, die Stevia-basierte Süsstoffe herstellen oder für ihre Produkte nutzen, hat Public Eye im vergangenen Jahr den Dialog gesucht. Manche Reaktionen sind ermutigend – gerade in der Schweiz. Mehrere Unternehmen, darunter die Basler Evolva, zeigen sich bereit für Verhandlungen. Nestlé bekräftigt, das Prinzip des Vorteilsausgleichs zu unterstützen und prüft die Möglichkeit, sich betreffend Stevia verstärkt zu engagieren. Andere Unternehmen – Coca-Cola zum Beispiel – haben dagegen nicht auf unsere Anfragen reagiert oder sind nicht bereit, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Deshalb haben wir im November mit Partnerorganisati-

onen eine Online-Petition gestartet, die stellvertretend von Coca-Cola verlangt, sich an den Verhandlungstisch zu setzen – und die bis Ende 2016 bereits von über 200 000 Personen unterschrieben wurde.

Gegen Patente auf Leben

Auch abgesehen vom Fall Stevia hat Public Eye im vergangenen Jahr seine Arbeit gegen Biopiraterie fortgeführt. So brachten wir uns bei der Erarbeitung von Richtlinien für die Implementierung des Nagoya-Protokolls in Europa ein und zeigten in einem Bericht auf, welche Lücken die europäische Regulierung aufweist.

Und auch der Widerstand gegen Patente auf Leben geht weiter: Mit einer breiten Koalition haben wir Einsprache gegen ein europäisches Patent von Syngenta auf natürliche Eigenschaften einer aus Peru stammenden Tomate eingereicht. Im Falle eines Monsanto-Patentes auf eine indische Melonensorte hat uns das Europäische Patentamt Recht gegeben und dieses für ungültig erklärt. Und im November hat die Europäische Kommission erklärt, dass sie Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung für nicht patentierbar hält. Dies, nachdem Public Eye und europäische Partnerorganisationen im Juni die von über 800 000 Personen unterschriebene Petition «Keine Patente auf Pflanzen und Tiere» eingereicht hatten. •

Schwerpunkte 2017

Globale Lieferketten



Tomaten, Schokolade, Schuhe ... auch in diesem Jahr erzählen wir Geschichten, die hinter alltäglichen Produkten stecken. Wir richten dabei den Blick auf diejenigen Menschen, die im Anbau, der Produktion und der Verarbeitung tätig sind und fordern solidarisch mit ihnen, dass ihre Arbeits- und Menschenrechte eingehalten werden. 2017 führen wir eine Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Schuhproduktion durch und wir recherchieren, wie es um die Menschenrechte in globalen Lieferketten von Genuss- oder Nahrungsmitteln steht.

Rohstoffhandel



Im Gebiet Rohstoffe widmen wir uns nach dem Grosse Erfolg der «Dirty Diesel»-Recherche wieder unserem Kerngeschäft: dem «Rohstoff-Fluch». Der Tatsache also, dass die allermeisten Menschen in Ländern, die reich an mineralischen und fossilen Ressourcen sind, in bitterer Armut leben – wäh-

rend Rohstoffhandelsfirmen in Zug und Genf Milliarden-gewinne schreiben und einzelne Individuen unermesslich reich machen. Wir werden weiter mit Nachdruck einfordern, dass die Schweiz als Sitz von einigen der grössten Rohstoffhandelsfirmen ihren Beitrag zu einer Abmilderung des Rohstoff-Fluchs leistet.

Patente und Biopiraterie



Am Europäischen Patentamt führen wir unsere Einsprachen weiter, damit Pflanzen nicht via Patente in den Privatbesitz einzelner Multis gelangen, sondern gemeinschaftlich zugänglich sind. Auch der Widerstand gegen Biopiraterie geht weiter: Zusammen mit dem indigenen Volk der Guaraní setzen wir uns dafür ein, dass mit Grosskonzernen wie Coca-Cola oder Nestlé eine Gewinnbeteiligung an Stevia-Produkten zustande kommt. Denn Stevia als Süssungsmittel haben weder Nestlé-VR-Präsident Peter Brabeck noch Coca-Cola-CEO Muhtar Kent entdeckt – die Guaraní verfügen über dieses Wissen seit Jahrhunderten.

Öffentliche Beschaffung



Konsumiert wird nicht nur privat, sondern auch durch den Bund, Kantone und Gemeinden. Das Beschaffungsgesetz stellt die Grundlage für das Einkaufsverhalten der öffentlichen Hand dar. Damit die jährlichen 40 Milliarden Steuerfranken nicht nur nach dem günstigsten Angebot, sondern nach Nachhaltigkeitskriterien ausgegeben werden, mischen wir uns in die politische Debatte ein. Wir fordern, dass das Parlament den Gesetzesentwurf nachbessert, falls dieser, wie zu befürchten ist, mangelhaft ausfällt.

Gesundheit



Wir zeigen die schädlichen Auswirkungen von Pestiziden auf Bäuerinnen und Landarbeiter auf und beleuchten die Rolle von Syngenta als einem der weltgrössten Pestizidhersteller. Wir engagieren uns für den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten für alle – und nicht nur für diejenigen, die sie bezahlen können. Dazu recherchieren wir im Bereich von Zwangslizenzen und klinischen Medikamententests und analysieren dabei insbesondere die Rolle von Schweizer Schwergewichten wie Roche oder Novartis.

Konzernverantwortung



Die Konzernverantwortungsinitiative wird Public Eye auch 2017 auf Trab halten, denn der Abstimmungskampf hat bereits begonnen. Auch wenn es noch mehr als zwei Jahre dauern kann, bis der Gang an die Urne ansteht, geht es jetzt darum, breit zu mobilisieren. Wir müssen neue Alliierte aus Wirtschaft und Wissenschaft finden und uns eng mit unseren internationalen Netzwerken koordinieren. Und wir müssen gemeinsam mit der Initiativ-Koalition und unseren Regionalgruppen den Boden dafür bereiten, dass unsere Argumente in der ganzen Schweiz gehört werden.

Korruption



Korruption ist eine der Ursachen für den Rohstoff-Fluch, weil sie dazu führt, dass Rohstoff-erträge in privaten Taschen enden. Mit konkreten, der Öffentlichkeit noch nicht bekannten Fällen wird Public Eye aufzeigen, dass die Schweiz hierbei eine zentrale Rolle spielt. •

Vielfältiger Einsatz

Die neun Regionalgruppen (Regrus) setzen sich auf lokaler Ebene ehrenamtlich für die Ziele von Public Eye ein. Sie sind ein wichtiger Teil der Organisation und tragen dazu bei, die Anliegen, Forderungen und Informationen von Public Eye in ihrer Region zu verbreiten. Die Regrus waren auch 2016 an vielen Orten präsent, wie beispielsweise am March against Monsanto, eco.festival, Chouf nüt-Tag, 1. Mai-Fest, Lauf gegen Rassismus, an Umwelttagen, Mahnwachen, Quartierfesten, an Kleider-tauschbörsen oder in Museen. Sie organisierten auch Film-abende, Siebdruck-Aktionen, Informationsstände oder Lesungen. Eine wichtige Rolle spielten sie bei zwei der grössten Projekte von Public Eye im vergangenen Jahr: Sie sammelten einen grossen Teil der Unterschriften für die Konzernverantwortungsinitiative, die im Oktober erfolgreich eingereicht wurde. Und auch für die Kampagne «Dirty Diesel» waren die Regionalgruppen unterwegs und brachten die Forderung nach einem Ende des Geschäfts mit dreckigem Treibstoff für Afrika unter die Leute. Allen Freiwilligen gebührt unser herzlichster Dank! Es freut uns sehr, seid ihr alle mit im Boot. ▪



Simon Tondeur, Administration und Mitgliederservice

Ursina Mayor, Koordination Freiwillige



© Carlo Kaufmann



© Veronika Gschler



© Regionalgruppe Zentralschweiz



© Regionalgruppe Genf



© Martin Bichsel

Kreative Aktionen gegen Dirty Diesel: die **Regionalgruppe Zürich** mit selbst gebastelter Zapfsäule und die **Regionalgruppen Basel, Zentralschweiz, Genf und Bern** in «Abgasschwaden» in den Innenstädten.

Mitmachen

Lust, freiwillig bei Public Eye mitzuarbeiten? Oder eine neue Regionalgruppe zu gründen? Haben Sie Sitzungsräume, die Sie einer Regru zur Verfügung stellen möchten? Oder andere Ideen?

Dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf:
regrus@publiceye.ch / Tel. 044 2 777 999
(Ursina Mayor oder Ursula Haller verlangen)



© Regionalgruppe Waadt



© Annika Salmi

Protestaktion der **Regionalgruppen Waadt und Basel**, um die Kleiderkette H&M an ihre Versprechen zu erinnern, die Sicherheit der Näherinnen in den Fabriken Bangladeschs zu garantieren.

Wechsel im Koordinationsteam

Martin Bloch und Ruedi Bollag haben das Team der Schulbesuchenden über fünf Jahre lang koordiniert. Nun haben sie den Stab an zwei neue Freiwillige übergeben: Pascale Zellweger und Florian Duss.

Der 42-jährige selbstständige Anwalt Florian Duss sagt über sein neues Engagement, Kinder und Jugendliche würden die Welt künftig gestalten. «Ich engagiere mich dafür, ihnen die Zusammenhänge zwischen ihrem Leben hier und dem Leben anderswo auf der Welt zu vermitteln und aufzuzeigen, wie sie selber etwas für die Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen anderer tun können».

Die 49-jährige Pascale Zellweger ist ausgebildete Lehrerin und schätzt bei ihrer neuen Tätigkeit den Gestaltungsspielraum und die Selbstständigkeit. «Ich unterrichte sehr gerne. Und ich finde es wichtig, zusammen mit den Schülerinnen und Schülern ethisches, wirtschaftliches und politisches Handeln zu reflektieren». ■

Freiwillige Mitarbeit bei Public Eye	Anz. Pers.	Anz. Std.
Freiwillige Mitarbeitende	7	356
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	38	2214
Vorstand	11	1023
Regionalgruppen	167	8185
Total	223	11778

Interesse an Schulbesuchen?

In der Deutschschweiz gibt es seit langem das Schulbesuchsprogramm, bei dem Freiwillige in Schulklassen Nachhaltigkeit zum Thema machen.

Themen/Altersstufe Schulbesuche

Schokolade: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.) und Sek. I

Kleider: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.), Sek. I und untere Sek. II

Handy, Computer, Elektronik: ab Sek. I und untere Sek. II

Fleisch, Ernährung, Hunger: ab Sek. I und untere Sek. II

Fairer Handel: ab Sek. I und untere Sek. II

Interessieren Sie sich als Lehrperson für einen Schulbesuch von Public Eye oder möchten Sie selbst im Team der Schulbesuchenden aktiv werden?

Kontakt: schulbesuch@publiceye.ch oder www.publiceye.ch/schulbesuch

Herzlichen Dank!

Rund 25 000 Mitglieder, zahlreiche Spenderinnen und Spender, neun Regionalgruppen, ein Schulbesuchsteam und weitere Freiwillige tragen unsere Arbeit. Auch der Vorstand, der sich ehrenamtlich engagiert, und Mitarbeitende, die unentgeltliche Einsätze leisteten, haben unsere Anliegen vorangetrieben.

Zudem haben uns 2016 folgende Institutionen substantielle Beiträge gespendet: Berti Wicke-Stiftung, Christian Martin Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO), Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern, Reformierte Kirche Steffisburg, Stiftung Corymbo, Stiftung GlobalLokal, Stiftung Temperatio sowie die claro-Läden Ostermundigen und Wattwil.

Den Menschen, die uns in ihrem letzten Willen berücksichtigt haben, sind wir ebenfalls sehr dankbar – mit ihren Nachlässen durften wir auch im letzten Jahr unser Engagement für eine gerechtere Welt verstärken.

Wir danken allen von Herzen! ▪



Christa Luginbühl, Mitglied der Geschäftsleitung

Timo Kollbrunner, Redaktion und Publikationen

Silvie Lang, Fachmitarbeiterin Rohstoffe

Kommentar zur Jahresrechnung

MARION GRABER

Public Eye hat sich 2016 finanziell solide entwickelt. Das Jahresergebnis 2016 ist von einigen eingeplanten Sonderfaktoren geprägt. Einerseits schlägt der Namenswechsel mit einem zusätzlichen Aufwand von rund 120 000 Franken zu Buche. Er ist im Sachaufwand der Mittelbeschaffung enthalten. Andererseits wurden die im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vereinbarten Lohnerhöhungen umgesetzt sowie die Ferien- und Überzeitguthaben in der Jahresrechnung vollumfänglich abgegrenzt. Das führt neben höheren Personalaufwänden auch zu einer Erhöhung der entsprechenden passiven Rechnungsabgrenzung auf 341 638 Franken. Die im GAV vorgesehene Äufnung des gebundenen Kapitals für den Sozialplan wird aus dem gebundenen Kapital für Personal entnommen.

Mehr Mitgliederbeiträge

Der Gesamtertrag 2016 beträgt 5,2 Millionen Franken. Das sind 7% weniger als im Vorjahr, als die Einnahmen aus Legaten ausserordentlich hoch waren. Erfreulicherweise konnten wir unseren Ertrag aus Mitgliederbeiträgen um 2% steigern. Gemeinsam mit den Spenden, die um 3% auf

2,5 Millionen Franken anwuchsen, bildeten sie mit 76% das Fundament unserer Finanzierung, die unsere Unabhängigkeit garantiert. Sehr wertvoll waren auch die Legate von rund 550 000 Franken und die Projekterträge, welche wir insbesondere Stiftungen und Institutionen verdanken und die 12% des Gesamtertrags ausmachten.

Auf Kurs

Rund 4 Millionen Franken respektive 72% des Gesamtaufwands haben wir in unsere Projektarbeit investiert, wobei die Personalaufwände rund zwei Drittel davon ausmachten. In unsere Schwerpunktkampagne «Dirty Diesel» flossen rund 28% des Projektaufwands. Der administrative Aufwand und der Aufwand für die Mittelbeschaffung bewegten sich mit 12% resp. 14% des Gesamtaufwands im Bereich des Vorjahrs und entsprechen den Vorgaben der Zewo-Zertifizierung. Das Jahresergebnis beträgt nach den Entnahmen aus den zweckgebundenen Fonds -185 550 Franken. Wie eingangs erwähnt, entspricht das unserer geplanten Wachstumsstrategie. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2016		31.12.2015		Ver-
	CHF	%	CHF	%	änderung
Umlaufvermögen					
Flüssige Mittel	3 913 109	94	4 108 980		-5
Forderungen	3 686	0	14 269		-74
Vorräte	24 209	1	9 933		144
Aktive Rechnungs- abgrenzung	50 425	1	53 188		-5
Total Umlaufvermögen	3 991 427	96	4 186 370		-5
Anlagevermögen					
Finanzanlagen ¹	22 882	1	22 889		0
Mietkaution	25 478	1	25 426		0
Sachanlagen	125 430	3	143 212		-12
Total Anlagevermögen	173 790	4	191 527		-9
Total Aktiven	4 165 217	100	4 377 896		-5

Anmerkungen Bilanz

- ¹ Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von durch uns mitgegründete Firmen.
- ² Das Sinken der Verbindlichkeiten liegt am Umbau im Büro in Lausanne, welcher im Dezember 2015 stattgefunden hat. Dies hat zu hohen Verbindlichkeiten geführt.
- ³ Die Ferien- und Überzeitguthaben werden in der Jahresrechnung neu vollumfänglich abgegrenzt.
- ⁴ Das gebundene Kapital für den Sozialplan (Vorjahr noch als Sozialplanfonds im Fondskapital geführt) wird ab 2016 im Organisationskapital ausgewiesen. Die Umgliederung wird vorgenommen, da die Bestimmungen zur Bildung eines zweckgebundenen Fonds im Fondskapital (SWISS GAAP FER 21, Ziffer 8 und 33) nicht erfüllt sind.

Passiven	31.12.2016		31.12.2015		Ver-
	CHF	%	CHF	%	änderung
Kurzfristiges Fremdkapital					
Verbindlichkeiten ²	96 293	2	214 264		-55
Kurzfristige Rückstellungen	10 000	0	0		100
Passive Rechnungs- abgrenzung	87 576	2	121 394		-28
Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit ³	341 638	8	103 573		230
Total kurzfristiges Fremdkapital	535 507	13	439 231		22
Total zweckgebundenes Fondskapital	279 130	7	402 536		-31
Total Fremdkapital & Fondskapital	814 637	20	841 767		-3
Organisationskapital					
Gebundenes Kapital für den Sozialplan ⁴	200 000	5	100 000		100
Gebundenes Kapital für Personal ⁴	1 080 000	26	1 180 000		-8
Gebundenes Kapital für Projekte	1 084 864	26	1 084 864		0
Freies Kapital	985 716	24	1 171 265		-16
Total Organisationskapital	3 350 580	80	3 536 129		-5
Total Passiven	4 165 217	100	4 377 896		-5

Betriebsrechnung

Ertrag	2016		2015		Ver- änderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden	2 570 034	49	2 498 431		3
Legate	547 740	10	935 167		-41
Mitgliederbeiträge	1 404 900	27	1 375 950		2
Projektertrag	637 816	12	670 790		-5
Übriger Ertrag	62 121	1	118 025		-47
Total Ertrag	5 222 611	100	5 598 363		-7

Aufwand	2016		2015		Ver- änderung
	CHF	%	CHF	%	
Projektaufwand					
Personalaufwand ¹	-2 774 782	53	-2 408 486		15
Sachaufwand	-1 210 436	23	-1 332 358		-9
Total Projektaufwand	-3 985 218	76	-3 740 844		7
Fundraising- & allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand ¹	-299 035	6	-303 908		-2
Mitgliederbetreuung & Mittelbeschaffung ²	-583 589	11	-490 229		19
Total Fundraising- & allg. Werbeaufwand	-882 624	17	-794 137		11
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand ¹	-489 231	10	-390 290		25
Betriebsaufwand	-176 914	3	-221 792		-20
Total administrativer Aufwand	-666 145	13	-612 081		9
Total Aufwand	-5 533 986	106	-5 147 064		8
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	-311 374	-6	451 299		-169

	2016		2015	Ver- änderung
	CHF	%	CHF	%
Finanzerfolg	1 471	0	-9 964	-115
Total ausserordentliches Ergebnis	951	0	1 127	-16
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	-308 952	-6	442 462	-170
Entnahme/Zuweisung zweckgebundene Fonds	123 405	2	-158 484	-178
Jahresergebnis (vor Zuweisung an Organisationskapital)	-185 550	-4	283 979	-165
Zuweisung/Verwendung				
Zuweisung gebundenes Kapital für den Sozialplan gemäss GAV ³	-	-	-100 000	-100
Entnahme/Zuweisung freies Kapital	185 550	4	-183 979	-201

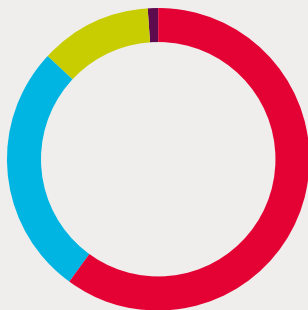
Anmerkungen Betriebsrechnung

¹ Die im Gesamtarbeitsvertrag vereinbarten Lohnerhöhungen wurden 2016 umgesetzt sowie die Ferien- und Überzeitguthaben in der Jahresrechnung vollumfänglich abgegrenzt. Das führt neben höheren Personalaufwänden auch zu einer Erhöhung der entsprechenden passiven Rechnungsabgrenzung auf 341 638 Franken.

² In diesem Aufwand sind Sonderausgaben von 120 000 Franken für den Namenswechsel enthalten.

³ Die im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehene Öffnung des gebundenen Kapitals für den Sozialplan wird 2016 aus dem gebundenen Kapital für Personal entnommen und wird deshalb hier nicht ausgewiesen.

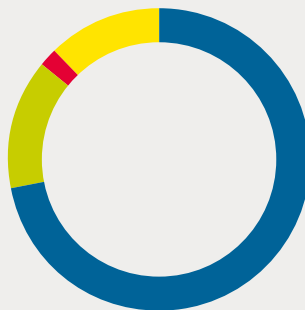
Ertrag



- 60% Spenden & Legate
- 27% Mitgliederbeiträge
- 12% Projektertrag
- 1% Übriger Ertrag

Public Eye finanziert sich 2016 zu 87% aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammt von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen sowie Beiträgen der Fédération genevoise de coopération und der Fédération vaudoise de coopération. Der übrige Ertrag stammt aus Erlösen von Warenverkäufen und Honoraren.

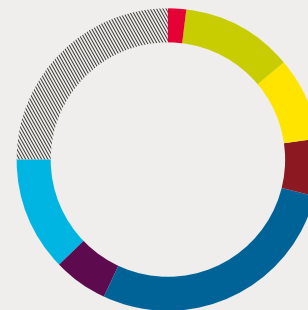
Aufwand



- 72% Projektaufwand
- 14% Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 2% Sonderprojekt Namenswechsel
- 12% Administrationsaufwand

72% des Aufwands (inklusive Personal) fliessen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand beträgt 12% (Vorjahr 13%) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 14% (Vorjahr 15%). Der Namenswechsel ist mit 2% (120 000 Franken) in der Jahresrechnung im Aufwand der Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung enthalten.

Projektaufwand

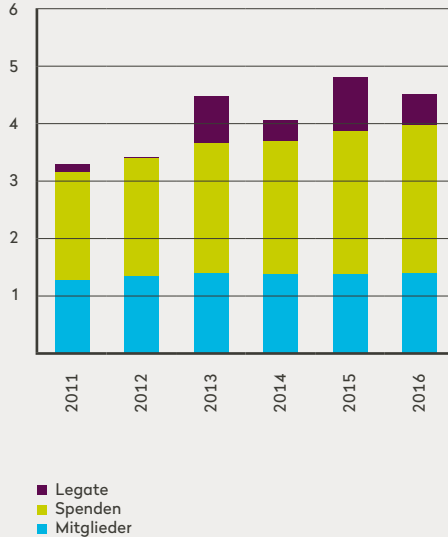


- 2% Handel
- 6% Konsum
- 12% Landwirtschaft
- 12% Textil
- 9% Gesundheit
- 6% Finanzen & Steuern
- 28% Rohstoffe
- ▨ 25% Programm-übergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 3 985 218 Franken (inklusive Personalaufwand) entfallen 28% auf den Themenbereich Rohstoffe, in dem unsere Schwerpunktkampagne 2016 stattfand. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt generell von den gewählten Kampagnenmitteln ab und widerspiegelt nicht die inhaltliche Gewichtung. Die fachübergreifenden Ausgaben umfassen unsere allgemeine Informationsarbeit und unser Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative.

Spenden & Mitgliederbeiträge

Mio. CHF



Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und Spenden auf. Die Legateinnahmen unterliegen grösseren Schwankungen. Sie sind 2016 mit rund 550 000 Franken immer noch überdurchschnittlich hoch.

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung



Bei der auf den Seiten 27–31 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug, respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2016. Die komplette Rechnung 2016 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER 21 kann unter www.publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.
 Kontakt: **Tel. 044 2 777 999**,
kontakt@publiceye.ch

Verantwortung und Entscheidungen

Die operative Führung von Public Eye wird von einer vierköpfigen Geschäftsleitung wahrgenommen. Bis zu seiner Pensionierung im Juli 2016 war Alfred Fritschi der Geschäftsführer. Mit seinem Abgang hat sich Public Eye entschieden, die Verantwortung für die operative Führung der vierköpfigen Geschäftsleitung kollektiv zu übertragen. Neben den bisherigen Mitgliedern Marion Graber, Géraldine Viret und Andreas Missbach wurde neu Christa Luginbühl, vorgängig Verantwortliche der «Clean Clothes Campaign», vom Vorstand in die Geschäftsleitung gewählt (siehe Organigramm).

Auf strategischer Ebene ist der Vorstand das leitende Organ von Public Eye. Die Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter je mit mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten. 2016 hat der Vorstand fünfmal getagt und sich über 1020 Stunden ehrenamtlich engagiert. Ein wichtiges Geschäft des Vorstands im Jahr

2016 war der Namenswechsel, welcher der Generalversammlung im Mai 2016 unterbreitet wurde. Nach der erfolgreichen Statutenänderung wurden der Vorstand und die Präsidentin für eine weitere Amtsperiode von zwei Jahren gewählt.

Public Eye hat Ende 2016 einen Personalbestand von 33 festangestellten Mitarbeitenden. Dazu kommen befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren. •

Organigramm

(Stand Dezember 2016)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, welche gemeinsam auch die Tessiner Mitglieder und SpenderInnen betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros.

Vorstandsmitglieder

Präsidentin

- ▶ **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Vorstandsmitglied von Public Eye seit 2007, Präsidentin auf nationaler Ebene seit 2012, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I, Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbands. Im Vorstand seit 2015.
- ▶ **Fabrizio Cioldi**, Forstingenieur ETH, Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) in Birmensdorf. Im Vorstand seit 2002.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Marc Audétat**, Politologe, Forschungsleiter an der Schnittstelle Wissenschaft–Gesellschaft, Universität Lausanne. Im Vorstand seit 2007.
- ▶ **Elisabeth Chappuis**, Rechtsanwältin, Lausanne. Im Vorstand seit 2010.

- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2012. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Michael Herzka**, Prof. Dr. phil., MBA, Dozent und Studienleiter an der Berner Fachhochschule. Im Vorstand seit 2007.
- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Direktorin der Stiftung Züriwerk (Zürich) seit 2008. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Henri Iselin**, Geschichts- und Wirtschaftslehrer, Handelsschule Genf. Im Vorstand seit 2000.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.
- ▶ **Alfred Sommer**, Master in Public Administration (Idheap, LS) selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission.

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Viele Menschen in ärmeren Ländern sind täglich Menschenrechtsverletzungen, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Armut, Hunger und Umweltzerstörung ausgesetzt. Ihre Situation kann uns nicht egal sein, liegen die Ursachen für ihre Misere doch oftmals auch in der Schweiz: bei verantwortungslosen Konzernen, im ignoranten Verhalten der Politik oder in unserem eigenen Konsumverhalten.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns mit unseren Partnerorganisationen dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Wirtschaftlicher Profit darf nicht auf Kosten von benachteiligten Menschen in andern Ländern gehen. Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen Manifest über «die Schweiz und die Entwicklungsländer». Seit der

Gründung vor fast 50 Jahren handelt Public Eye nach dem Grundsatz: «Es geht nicht so sehr darum, mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen». •

Von EvB zu Public Eye

Seit dem 21. Mai 2016 heisst unser Verein offiziell «Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern». Die rund 150 anwesenden Mitglieder folgten an der Generalversammlung in Bern mit grosser Mehrheit dem Vorschlag des Vorstands und des Teams. Kritik und Bedenken gab es praktisch nur wegen der Wahl eines englischen Namens.

Die Lancierung des neuen Namens und des neuen Auftritts erfolgte im September. Die bisher gemachten Erfahrungen sind äusserst positiv. Mit Public Eye haben wir einen Namen, mit dem das Erbe der Ursprungserklärung erfolgreich in die Zukunft getragen werden kann. Er vermittelt auf prägnante Weise unsere zentrale Aufgabe, ist einprägsam und funktioniert über die Sprachgrenzen hinweg.





Seit bald 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 25 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

**Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich, Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4**

www.publiceye.ch  [@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch)  www.facebook.com/publiceye.ch



 Erklärung von Bern